

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/64

Bonn, den 20. Mai 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Erste Bilanz einer Reise Zum Abschluß des Aufenthaltes Willy Brandt in den USA Von Jesco von Puttkamer, zur Zeit New York	48
2 - 3	Fragezeichen Der arabische Nationalismus und die Sowjetunion	65
3	Aufschlußreiche Zahlen Wieviel Studenten aus Entwicklungsländern verliessen Universitäten der Selbstbestimmten und studieren weiter in der Bundesrepublik?	29
4	König Mahendra von Nepal in der Bundesrepublik Notwendige Anmerkungen zu einem Staatsbesuch	49
5	Schleswig-Holstein und die EWG Feinliche Fragen der SPD für die Landesregierung	40

Erste Bilanz einer Reise

Zum Abschluß des Aufenthaltes von Willy Brandt in den USA
Von Jesco von Puttkamer, zur Zeit New York

Mit einem offiziellen Besuch des Berlin-Pavillons auf der New Yorker Weltausstellung findet der achttägige Amerikaaufenthalt Willy Brandts seinen Abschluß. Die Reise, die Willy Brandt zum ersten mal auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach Amerika führte, war ein Arbeitsbesuch. Willy Brandt hat alle entscheidenden amerikanischen Politiker und Beamten gesprochen, die für Berlin, Deutschland, Europa, sowie für die Ost- West- und Sicherheitsfragen zuständig sind. Vor allen aber hatte er Gelegenheit zu einem ausführlicher Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten.

Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- * 1. Willy Brandt hielt zwei große politische Reden, in denen er seine aussenpolitische Konzeption darlegte. Beide Reden wurden mit starkem Interesse aufgenommen; insbesondere fanden die Passagen über die Möglichkeit einer aktiven Entspannungspolitik die Zustimmung aller offiziellen Gesprächspartner.
- * 2. Bei den politischen Besprechungen standen die Berlin- und Deutschlandfrage naturgemäß im Vordergrund. Präsident Johnson nutzte die Gelegenheit des Besuches zu einer Erklärung für Berlin und die deutsche Wiedervereinigung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Im übrigen blieb kein Zweifel, daß die Amerikaner die Passierscheinpolitik des Senats voll und ganz billigen.
- * 3. Die Verbundenheit Berlins mit dem verstorbenen Präsidenten Kennedy wird am Jahrestag des Berlinbesuchs Kennedys mit einer großen Gedenkfeier unterstrichen werden. Justizminister Robert Kennedy hat die Einladung Brandts angenommen, zu dieser Feier nach Berlin zu kommen.

Bei den Gesprächen über die Fragen des Ost- West-Verhältnisses, der internationalen Sicherheit und der Europa-Probleme wollten die Amerikaner in erster Linie die Ansichten des SFD-Vorsitzenden kennen lernen. Dies galt vor allem für die amerikanischen Journalisten deren Fragen sich Brandt einmal in einer Fernsehsendung und ein zweites Mal im Overseas Writers Club stellte. Bei diesen Gesprächen wurde deutlich, daß Brandts New Yorker Rede vor der amerikanischen Presse als ein positiver Beitrag eines europäischen Politikers zur Diskussion über die politische Konzeption der atlantischen Gemeinschaft gewertet wird.

Willy Brandt kann mit dem Ergebnis seiner Reise durchaus zufrieden sein und es wäre zu wünschen, daß auch in der Bundesrepublik die Reise als das gewertet wird, was Brandt sich vorgenommen hatte: als ein positiver Beitrag zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Hoffentlich gelingt es der CDU ihre parteipolitisch bedingte Mißgunst, die sich in solchen Fällen sonst stets bemerkbar macht, zurückzustellen und sachlich zu diskutieren. Eine sachliche aussenpolitische Bestandsaufnahme scheint nämlich sehr angebracht zu sein, denn in den USA geht trotz der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen die Politik weiter. Die Bundesrepublik wird sich daher etwas einfallen lassen müssen, wenn sie nicht den Anschluß verlieren will. Willy Brandt hat dafür Markierungen gesetzt.

Fragezeichen

Der arabische Nationalismus und die Sowjetunion

Der - Es gibt eine politische Theorie, sie hat Salonfähigkeit erreicht, die besagt, der russisch-chinesische Konflikt werde noch an Schärfe gewinnen und dies wiederum werde die Männer des Krenl zwingen, angesichts der Bedrohung in Sibirien stärkeren Rückhalt beim Westen zu suchen. Die Befürworter dieser Theorie - sie sind sehr stark in der Bundesrepublik vertreten -, ihr geistiger Vater ist der verstorbene Königsberger Arzt Starlinger, dessen Buch "Grenzen der Sowjetmacht" das politische Denken Adenauers stark beeinflusste - erhoffen sich von der zunehmenden Verschärfung der chinesisch-russischen Spannungen eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und eine Lösung der Deutschlandfrage. Etwa in dem Sinne, Russland werde, um die lästige Bürde Mitteleuropas los zu werden, von sich aus, ohne von Westen dazu sonderlich bedrängt zu werden, ein deutsches Wiedervereinigung zustimmen und Ulbricht preisgeben.

Eine solche Erwartung verleiht zum Nichtstun, sie fördert die Passivität und sie ist wohl auch illusionär; der Rivalitätskampf der zwei kommunistischen Giganten um den Einfluß innerhalb der kommunistischen und blockfreien Welt kann den gesamten Westen vor neue und unerwartete Entwicklungen stellen, für die er noch keine Antworten zu geben weiß. Beide, sowohl die Sowjetunion als auch das zur Weltmacht gewordene China Mao tse-tung bleiben Feinde einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, sie sehen im "westlichen Kapitalismus" eine zum Untergang bestimmte Gesellschaftsform. Die eine Seite, Moskau, will den Untergang mit mehr oder weniger friedlichen Mitteln beschleunigen, die andere Seite, China, schließt einen Weltkonflikt, gewissermaßen den "Letzten" in der Menschheitsgeschichte nicht aus; doch profitieren vom antizipierten Untergang der westlichen Welt wollen sie beide.

Die Ägyptenreise des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow, die längste Auslandsreise, die er bisher unternommen hat, liefert aufschlußreiche Indizien. Der mächtigste Mann des Krenl fand bei keiner seiner vielen Ansprachen vor vielen Tausenden in Fanatismus versetzten Ägyptern auch nur ein freundliches an den Westen gerichtetes Wort. Mächtig stieß er in das Horn des arabischen Nationalismus, gab den anti-westlichen Strömungen neuen Antrieb und nahm sich dabei besonders Großbritannien aufs Korn, das in Nassers politischer Philosophie den Rang eines Erzfeindes der vom Kolonialismus unabhängig gewordenen Völker einnimmt.

Mittel- und Nahost gehören mit zu den gefährlichsten Explosivherden der Welt, die Lage an der israelisch-arabischen Grenze ist voller Gefahren. Für das Ägypten Nassers bleibt Israel ein Vorposten des westlichen Imperialismus, der beseitigt werden soll.

Nikita Chruschtschows Reden auf ägyptischem Boden erhielten keine Hinweise eines Versuchs der Dämpfung des Stretens Nassers, im Verein mit anderen arabischen Staaten die Israelis ins Meer zu werfen. Der sowjetische Ministerpräsident schmeichelte dem Ehrgeiz des starken Mannes am Nil, unterstützte dessen Haltung, dem wasserhungrigen Israel die ihm von den Vereinten Nationen im Johnson-Bericht zugesprochenen Mengen des Jordan-Wassers für die Ableitung in die Negew-Wüste zu versperren. Er versprach wiederum Lieferungen von Waffen und Rüstungsmaterial für die ägyptische Armee. Die Waffen häufen sich ohnehin schon zu

großen Bergen, bleibt doch Israel nichts anderes übrig, um nicht in hoffnungslos militärische Unterlegenheit zu geraten, seinerseits vermehrte Waffeneinkäufe aus westlichen Ländern zu tätigen.

Nikita Chruschtschow, diese Bilanz läßt sich wohl heute schon aus seiner spektakulären Ägyptenreise ziehen, hat mit großen Erfolg den leicht entflammten arabischen Nationalismus ungeschwächt und ihn auf seine Seite als Bündnispartner gezogen. Gewiß, die Chinesen sind hier zurückgeworfen worden, sie haben im Ringen um Einfluß in diesem Teil der Welt Mißpunkte zu verzeichnen. Doch der Westen sieht sich nun vor viele Fragezeichen gestellt. Chruschtschows Auftreten an KIL hat die Lage im Nahosten mit neuem Explosivstoff angereichert; hier können sich Entwicklungen an, die sich der Kontrolle aller leicht entziehen können. Nikita Chruschtschows Triumph über Peking wird bezahlt mit einem Positionsverlust und Prestigeverlust des Westens in der arabischen Welt.

+ + +

Aufschlußreiche Zahlen

Wieviel Studenten aus Entwicklungsländern verliessen Universitäten der Ostblockstaaten und studieren weiter in der Bundesrepublik?

sp - Aufschlußreiche Zahlen veröffentlichte kürzlich der DEUTSCHE BUNDESSTUDENTENRING über die Abwanderung von Studenten aus Entwicklungsländern in die Bundesrepublik, die ursprünglich ihr Studium an Universitäten der Ostblock-Staaten begonnen hatten. Im Jahre 1963 ist die größte Zahl der Abwanderer zu verzeichnen. Insgesamt sind es 342 Studenten, die den kommunistischen Universitäten den Rücken kehrten. Ghana steht mit 86 Studenten an der Spitze. Es folgen Kenia mit 38, Nigeria mit 25 und Somalia mit 26 Studenten. 1962 verließen 145 Studenten ihre ursprünglichen Gastländer im Osten. Auch in diesem Jahr stand Ghana mit 30 Studenten an der Spitze. 1961 betrug die Zahl der abgewanderten Studenten 103; davon 28 allein aus dem Irak. Die bisher bekanntgewordenen Zahlen von 1964 (Januar - Februar) zeigen, daß die Abwanderung anhält.

Insgesamt studieren zur Zeit an den Hochschulen der Bundesrepublik 387 "Abwanderer" aus Entwicklungsländern, die ihr Studium an Universitäten der Ostblock-Staaten begonnen hatten. Die tatsächliche Zahl der Abwanderer dürfte jedoch noch größer sein, da in der Statistik des DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES nur diejenigen Studenten erfaßt sind, die in der Bundesrepublik weiterstudieren.

Mit geringen Ausnahmen sind die Gründe für die Abwanderung der Studenten aus den Ostblock-Staaten die gleichen: ideologische Bevornung, mangelnde Kontakte zur Bevölkerung des Gastlandes und zu den Studenten der Gastuniversitäten, eingesengte Berufschancen, was bedeuten soll, daß man den Studenten aus den Entwicklungsländern an den Ostblockuniversitäten von vornherein zu verstehen gegeben hat, sie müßten nach Abschluß des Studiums ihren Beruf in einem kommunistisch regierten Land ausüben. Nur in seltenen Fällen werden rein persönliche Gründe für die Abwanderung angegeben.

+ + +

König Mahendra von Nepal in der Bundesrepublik

Notwendige Anmerkungen zu einem Staatsbesuch

sp - Eine Woche lang wird sich König Mahendra von Nepal zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik aufhalten. Wie man hört, soll während dieses Staatsbesuches von nepalesischer Seite der Versuch unternommen werden, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich am Rande des Himalaja enger zu gestalten. Ohne Zweifel sind wir an guten Beziehungen zu Nepal interessiert und der königliche Gast darf der Aufmerksamkeit gewiß sein, die man ihm und den vielfältigen Problemen seines Landes entgegenbringt.

Nicht verschwiegen werden aber darf die Tatsache, daß König Mahendra 1960 die aus freien Wahlen in Nepal hervorgegangene legale Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten P. Koirala mit Hilfe der Armee stürzen ließ, die demokratische Verfassung des Landes außer Kraft setzte und die Führer der sozialdemokratischen Regierungspartei, darunter den Ministerpräsidenten, verhaften ließ. Seit dieser Zeit befinden sich die Männer, die entscheidend dazu beigetragen haben, unter schwierigen Verhältnissen die Ansätze eines demokratischen Staatswesens in Nepal zu schaffen, entweder im Gefängnis oder im Exil.

Die sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt haben wiederholt gegen diese Maßnahmen protestiert und sich besonders um die Freilassung der Inhaftierten oder um Hafterleichterung bemüht.

Als besonders tragisch erwies sich der Umstand, daß der verhaftete sozialdemokratische Ministerpräsident Koirala ein schwer erkrankter Mann ist, dem trotz mehrfacher eindringlicher Bitten bis vor kurzem auch ärztliche Hilfe versagt wurde. Dem Vernehmen nach soll in der Frage der ärztlichen Behandlung eine positive Wendung eingetreten sein. Eine offizielle Bestätigung steht nach wie vor aus.

Es bleibt zu hoffen, daß König Mahendra sich den Protesten und Bitten um eine Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in Nepal nicht länger verschließen wird. Ein Zeichen seines guten Willens wäre die sofortige Freilassung der inhaftierten sozialdemokratischen Politiker.

Die Sozialdemokraten in der ganzen Welt, die sich immer und überall gegen die Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten aufgelehnt haben, werden nicht nachlassen, auch in diesem Falle immer wieder ihre Stimme zu Gehör zu bringen.

+ + +

Schleswig-Holstein und die EWG

Feinliche Fragen der SPD für die Landesregierung

mn - Kiel

Auf Drängen der sozialdemokratischen Landtagsfraktions hat die schleswig-holsteinische Landesregierung, die von der CDU und FDP getragen wird, im vergangenen Jahr, wenn auch spät, das sogenannte EWG-Anpassungsprogramm vorgelegt, das inzwischen "EWG-Arbeitsprogramm" heißt. Ministerpräsident Dr. Lemke ist in Brüssel und in Bonn gewesen, um bei Präsident Hallstein und Bundeskanzler Erhard über die Finanzierung des Milliarden-Programms, das Schleswig-Holsteins Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft "EWG-fit" machen soll, zu sprechen.

Die Erfolge waren leider bemerkenswert mager. Aus Brüssel wird kein besonderes Geld nach Schleswig-Holstein am Rande von EWG, EFTA und Comecon fließen. In Bonn war man zwar nicht schroff ablehnend, aber tendiert runter dahin, einzelne Titel des Bundesetats, die sich mit den Programmen für Schleswig-Holstein decken und in das EWG-Programm "hineinzahnen", aufzustocken. Nach dem Stand der Dinge aber meinen Brüssel und Bonn, Schleswig-Holstein solle die Last für das Programm allein tragen.

Die FDP in der Kieler Koalition ist bereits den Weg des kleineren Widerstandes gegangen. Sie hat erklärt, es wäre besser, wenn Schleswig-Holstein sich bemühe, vor allem die Programme für die Landwirtschaft, wie Küstenplan und Programm Nord, mit Hilfe des Bundes finanziell besser auszustatten. Bei den Freien Demokraten hält man offenbar schon nichts mehr davon, mit der Kraft des ganzen Landtages von der Kieler Regierung größere Anstrengungen zu verlangen, um doch noch aus Brüssel und Bonn Geld für das EWG-Anpassungsprogramm zu holen.

Die Sozialdemokraten möchten nun die ganze Angelegenheit wieder flottmachen. Die SPD-Fraktion im Kieler Landtag hat einen Antrag eingebracht, durch den die Landesregierung aufgefordert wird, zur Frage der notwendigen zusätzlichen Mittel für das EWG-Anpassungsprogramm aus dem Bundeshaushalt Stellung zu nehmen. So will die SPD u.a. wissen, wieviel Geld zusätzlich aus dem Bundeshaushalt bereits in diesem Jahr für das Programm kommt.

Es wird der Regierung in Kiel sicher Sorge machen, die dann weitergehende Frage zu beantworten. Sie soll nämlich sagen, warum die Landesregierung dem Bundeshaushalt im Bundesrat die Zustimmung gab, wenn darin noch nicht genügend zusätzliche Mittel für das EWG-Programm Schleswig-Holsteins enthalten sind. Schließlich soll das Kabinett Lemke dem Landtag auf Wunsch der Sozialdemokraten berichten, welche finanziellen Forderungen über den Rahmen der üblichen Zuwendungen hinaus seitens der Landesregierung für die Zeit von 1964 bis 1970 konkret an die Bundesregierung gestellt worden sind.